

Niels Annen, Ute Finckh, Tim Rohardt  
und Burkhard Zimmermann (Hrsg.)

# **„Zeit für Frieden“**

**Sozialdemokratische Beiträge  
zur Friedens- und Sicherheitspolitik**





Niels Annen, Ute Finckh, Tim Rohardt  
und Burkhard Zimmermann (Hrsg.)

# **„Zeit für Frieden“**

## **Sozialdemokratische Beiträge zur Friedens- und Sicherheitspolitik**

Schriftenreihe des Forum Demokratische Linke 21 e.V.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Niels Annen, Ute Finckh, Tim Rohardt  
und Burkhard Zimmermann (Hrsg.)

„Zeit für Frieden. Sozialdemokratische Beiträge zur Friedens- und Sicherheitspolitik“  
Schriftenreihe des Forum Demokratische Linke 21 e.V., Nr. 4

spw Verlag/Redaktion GmbH, 2009, Dortmund  
ISBN/EAN 978 3-9224-8930-6

Druck: Druckerei Thiebes, Hagen  
Redaktion: Reinhold Rünker, Leichlingen  
Umschlag und Satz: Andrea Arcais, Münster ([www.arcais.de](http://www.arcais.de))

## Inhalt

<i>Tim Rohardt:</i> Vorwort. Vom Ende des Krieges	6
<i>Niels Annen:</i> Friedenspolitik neu denken	19
<i>Rolf Mützenich:</i> Die Abrüstungspolitik aus sozialdemokratischer Sicht	29
<i>Cordula Drautz:</i> Finanzkrise als Chance? Die Bedeutung von Globaler Strukturpolitik für Frieden	41
<i>Tim Rohardt:</i> Sicherheitspolitik: Ausnahmezustand in Wort und Bild	50
<i>Michael Müller:</i> Der Klimawandel als Konfliktursache; die Welt am Scheidepunkt	72
<i>Uta Zapf:</i> Die Zukunft der nuklearen Abrüstung	86
<i>Renè Röspel, Richard Müller:</i> Verantwortung und objektive Analyse von ‚Biorisiken‘	99
<i>Richard Müller, Tim Rohardt:</i> Massenvernichtungswaffe: Kleinwaffe(n)	108
<i>Wolfgang Wodarg:</i> Illusion: Friedenssicherung durch private Militärfirmen	120
<i>Ute Finckh:</i> Die Zivilgesellschaft in Friedensprozessen	138
<i>Herbert Sahlmann:</i> Eine neue Strategie für Afghanistan	150
<i>Ute Finckh:</i> Wie weiter in Afghanistan?	159
<i>Burkhard Zimmermann:</i> Linke Sozialdemokraten in der Friedensbewegung	184
 AutorInnen	 197

## Vorwort

*Tim Rohardt*

### Vom Ende des Krieges

**D**er Titel und das Motto des Buchprojekts sollten bei dessen Initiierung im Sommer 2008 ausdrücken, dass es Gedanken und Ideen für eine Zeit jenseits der Sicherheitspolitik im Zeichen des „globalen Krieges gegen den Terror“ (GWOT) geben sollte, die sich an dem Gedanken des Friedens und der Abrüstung und Rüstungskontrolle orientieren.

Gedanken, die über die Worte von der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und den globalen Krieg dagegen verloren gegangen zu sein schienen. Mit dem Ende des Gebrauchs des Wortes „globaler Krieg gegen den Terror“, den ich hier ganz optimistisch im Sinne des Kantschen „Als ob“ als Ende des Krieges verstanden wissen will, scheint in vielen Bereichen der Politik wieder die Zeit und Chance für Konzepte gekommen, die nicht aus der Politik mit Angst inspiriert sind. Konzepte, welche berücksichtigen, dass die Politik um der Sicherheit wegen immer auch die Exklusivität der Unsicherheit für die Anderen bedeutet, die auf territorialer Basis bzw. der Basis der Mitgliedschaft in einem politischen Körper nicht Teil der Sicherheitssorge sind.

Die Deklaration eines Endes der friedlichen Gesellschaft für den politischen Körper unserer Republik und einer speziell deutschen „Illusion im globalen Krieg“ durch den jetzigen ARD-Nahost Korrespondenten Clemens Verenkotte, mit seinem entsprechend betitelten Buch von 2005, ist auch jetzt für manche Meinungsträger und Macher immer noch eine leitende Idee für ihre „reale“ Politik. Gerade die Benennung einer Illusion als negativ geprägtes Wort, welches sich trefflich auf pazifistische Gedanken linker Politiker in einer Welt der realen Gewalt anwenden lässt, taugt dabei als Gegenargument im Rahmen des Diskurses von der ständigen Bedrohung und der folgerichtigen Anordnung der staatlichen Gewalten nahe dem Ausnahme- und Kriegszustand.

Das Wort Illusion stammt jedoch von dem lateinischen Wort „ludere“ für „spielen“ ab und steht mit der lokalen Präposition „in“ dem deutschen

Wort „Gedankenspiel“ nahe. Das ist die Wortbedeutung welche für dieses Projekt inspirierend war. Einerseits sind die entsprechenden Beiträge linker Sozialdemokraten in diesem Buch und ihre Forderungen und Vorstellungen von der in ihren Augen richtigen Richtung in der Politik geprägt von dem Wissen um das Mögliche im Verhältnis zum Nötigen – andererseits entspringt zum Beispiel die Abrüstungsinitiative im Bereich der Nuklearwaffen „Global Zero“, auf welche die Vorsitzende des Unterausschusses des Bundestages für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Uta Zapf und der Sprecher der SPD-Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Rolf Mützenich hoffnungsvoll verweisen, dem scheinbar unrealistischen Gedankenspiel einer Welt ohne Atomwaffen.

Es war immer leicht, Gedankenspiele von Pazifisten und Friedensbewegten als Illusion zu behandeln, die als trügerische Selbsttäuschung daherkommt, als Fiktion. Die Fiktion jedoch, dieses „Als ob“, hat jüngst auch Ulrich Beck in Erinnerung an Kant bemüht, als er angesichts der globalen Veränderungen eine kosmopolitische Vision für die Weltgesellschaft dargelegt hat, die wir am besten dadurch verwirklichen, indem wir so tun, „als ob“ sie möglich wäre<sup>1</sup>. So wie Kant es vorgegeben hat: In der Pflicht zu stehen so zu handeln, als ob Frieden möglich sei, um ihn somit zu erreichen.

Das ist die leitende Idee, die hinter diesem Buchprojekt steht. Dabei haben sich die Autoren nun schließlich weniger am Ideal und den möglichen Gedankenspielen orientiert, als an ihrer Wirklichkeit der Herausforderungen realer Politik und dem friedenspolitischen Motiv als eines von mehreren Aushandlungsgegenständen. Sie schreiben in meinen Augen alle in dem realpolitischen Anspruch, dass ihre Schlussfolgerungen, die sie aus der Realität und ihren Wünschen für diese Realität ziehen, in ihre und die Politik anderer einfließen. So kann man die hier vertretenen Autoren als Realisten lesen, die mit Verweis auf den Erfinder des Realismus<sup>2</sup> in der internationalen Politik, Hans J. Morgenthau zu sehen sind, welcher Realismus als ein normatives Konzept verstanden wissen wollte. Einem Konzept, in dessen Zentrum zwar die Anerkennung der Macht und das entsprechende Interesse als Triebfeder des Geschehens wirken, diese jedoch nicht im Sinne von Gegenmacht oder einem Gleichgewicht der

Mächte gezähmt wird, sondern durch das eindämmende Element der Moral. Entsprechend beeinflusst diese Einsicht des ursprünglichen Realismuskonzepts auch einen von Linken aufgenommenen Gedanken des Vertreters der sozialen Theorie der internationalen Politik: Alexander Wendt, demnach die zwischengesellschaftliche Anarchie, die dem Streben nach Sicherheit als Motiv unterstellt wird, gestaltbar ist. („Anarchy is what states make of It.“ Wendt (1992)<sup>2</sup>. Dieser Satz korrespondiert mit einem der Grundgedanken linker Politik, demnach die Welt und ihre sozialen Formung wandelbar ist. Im Sinne Wendts und dem Ende des Wortgebrauchs vom „globalen Krieg gegen den Terror“ ist es auch die sprachliche und symbolische Form der Welt, die Gegenstand der politischen Gestaltung ist. Gerade die neue Sprache auf der anderen Seite des Atlantiks weckt derzeit Hoffnungen auf Gelegenheiten und Zeit für Frieden<sup>3</sup>.

Mit Blick auf die getroffenen Maßnahmen, Regeln und Praktiken, die seit 2001 herrschen, gibt es aber auch die materiellen Tatsachen, die für sich sprechen und nicht mit neuen Worten und Bezeichnungen ihren Charakter ändern.

Der faktische Charakter vieler auch schon vor dem Zeitenwechsel 2001 eingeführten Maßnahmen und Praktiken, die einen Ausnahme- und Kriegszustand kennzeichnen und mit dem Label „für die Sicherheit“ ausgestattet sind, offenbaren aber gerade jetzt, während die Sprache sich ändert, ihre Dysfunktionalität.

Die FAZ hat bereits Mitte März diesen Jahres darauf hingewiesen, dass die Obama-Regierung an der Doktrin der Bush-Administration festhält, dass gewissermaßen der gesamte Erdball Schauplatz des Kampfes gegen den Terrorismus sei<sup>4</sup>. So wird darauf beharrt, dass der Präsident das Recht habe, Terrorismusverdächtige auf unbestimmte Zeit einsperren zu lassen, auch wenn die Verdächtigen nicht direkt in Kampfhandlungen verwickelt waren. Ferner bleibt die neue Regierung der Linie von Bush treu, dass die Praxis der als „extraordinary renditions“ bekannt gewordenen Verschleppung von Terrorverdächtigen in Geheimgefängnisse unter den Schutz von Staatsgeheimnissen fallen und die Betroffenen mit Klagen vor amerikanischen Gerichten nicht erfolgreich sein können. Gefangene auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Bagram in Afghanistan

wird weiterhin die gleiche Haftprüfung durch amerikanische Gerichte verweigert, wie sie Guantanamo-Gefangene vor dem US-Supreme Court erstritten haben. Die Sorge ist berechtigt, dass Bagram zu einem zweiten Guantanamo werden könnte. Der EU-Justizkommissar Jacques Barrot knüpft die Überstellung von Guantanamo-Gefangenen in EU-Länder somit daran, dass „absolut klar sein müsse, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden“<sup>5</sup>. Es ist eine Frage wert, ob dieser Aspekt in der von Außenminister Frank-Walter Steinmeier betriebenen Aufnahme von Guantanamo-Gefangenen in Deutschland eine Rolle spielt und ob somit neben Symbolpolitik auf der Oberfläche der neuen Realität nach dem Ende des „globalen Krieges gegen den Terror“ im „Kampf gegen den Terror“ auch Änderungen an der aus dem Krieg erwachsenen Substanz und Praxis gefordert und vorgenommen werden.

Zu den hier in den folgenden Beiträgen aufgezeigten Motiven, Forderungen und Lösungsvorschlägen gehört der Wunsch, dass Substanz und Praxis jetzt den Symbolen und der Sprache, mithin dem Versprechen auf eine Zeit in Frieden folgen wird.

Uta Zapf benennt diesen Wunsch explizit mit Blick auf das Fenster der Gelegenheit für die nukleare Abrüstung, welches durch die jüngsten Absichtserklärungen Russlands und der USA jetzt offen für die Gestaltung einer Welt mit immer weniger Atomwaffen ist. Auch Rolf Mützenich, der in seinem Beitrag die gesamte Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik aus sozialdemokratischer Sicht in den Blick nimmt, benennt den günstigen Moment, der sich durch die neue Administration in Washington ergeben hat.

Der parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Michal Müller sieht einen kritischen globalen Faktor verbunden mit einem schwindenden Zeitfenster: Die Welt stehe am Scheidepunkt, weil der immer noch ungebremste Klimawandel als Ursache für eine große Anzahl von Konflikten und Verteilungskämpfen zu sehen ist. Diese fänden bereits statt und drohen sich zu verschärfen, wenn das Ziel, die Erwärmung auf plus 2 Grad Celsius zu beschränken, verfehlt wird. Er sieht das Zeitfenster, in dem effektiv gehandelt werden kann, schwinden und stellt das bisherige ökonomische Wachstumsdenken der westlichen

Welt nicht nur in Frage, sondern sieht es mit Herman Daly, einem früheren Chefökonom der Weltbank, durch die dazu unverhältnismäßig hohen und jetzt eintretenden Folgekosten, an seinem Ende.

In seinen Worten ist das Gebot der Stunde die Vorsorge, mithin eine Sicherheitsvorsorge, welche die bereits bestehenden Herausforderungen und Stressoren für die Staaten und Gesellschaften auf der Südhalbkugel, aufnimmt und mindert.

Der Begriff der Vorsorge und auch der der Prävention hat in der Sicherheitspolitik eine zweischneidige Bedeutung, die in der Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit liegt. In der Vorsorge gegenüber „dem Anschlag“, den zu verhindern die Ausgestaltung des Staates zum Präventionsstaat begründet, der jede potentielle Spur hin zur Aufklärung des aller Orten antizipierten Terroraktes vor der Zeit aufnimmt, liegt vielleicht der Maßstab an Mobilisierung von Institutionen und Ressourcen, die es zur Bewältigung des Klimawandels bräuchte.

Hier ist auch das von Michael Müller angesprochene Problem mit dem Mechanismus des sozialen Verhaltens bei Katastrophen relevant. Der Sozialpsychologe Harald Welzer hat diesen sozialen Mechanismus prominent in seinem jüngsten Buch „Klimakriege – Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.“ vertreten<sup>6</sup>. Dieser Mechanismus bedeutet, dass zu Ereignissen mit Katastrophenqualität nur dann Entscheidungen im Angesicht von negativen Folgen vorangegangener Handlungen gefällt werden, wenn das erwartete Ereignis vorstellbar ist. In der von mir im Rahmen des Beitrags „Sicherheitspolitik: Ausnahmezustand in Wort und Bild“, dargestellten Medialisierung von Gewalt und Terror liegt vielleicht begründet, dass durch die Bilder des 11.9. und folgender Anschläge die zum Teil übermäßige Mobilisierung von Staat und Politik zur Verhinderung von Ähnlichem in der Zukunft möglich wurde, die Mobilisierung zur Konsequenz einer Linderung des in seinen Folgen vielfach komplexeren und dramatischeren Klimawandels aber nicht ohne weiteres funktioniert. Die Mobilisierung für „unsere Sicherheit“ in der Auseinandersetzung mit Gewalt und Terrorismus greift im entsprechenden weltgesellschaftlichen Maßstab zu kurz, weil es mit dem Klimawandel um eine Sicherheit geht, die keinen Anderen mehr kennt. In meinem Beitrag zur Entwicklung

des Begriffs „Sicherheit“ und Sicherheitspolitik im Rahmen einer so genannten „nationalen Sicherheit“ schlussfolgere ich mit Bezug auf die Arbeit des Historikers Neocleous, dass es bisher mit Sicherheitspolitik um die Erhaltung einer Wirtschaftsordnung ging, welche hauptsächlich die Probleme mit verursacht, derer Bewältigung sich die Sicherheitspolitik dann wieder annimmt. Dieser Mechanismus greift vor dem Hintergrund der Dimension des Problems „Klimawandel“ als Problem der Weltgesellschaft zu kurz. Michael Müllers Hinweis auf das Ende des Wachstumsdenkens steht dazu in Relation. Die Verteidigung ökonomischer Interessen mit Mitteln der Sicherheitspolitik wie jetzt mit Blick auf die Piraterie vor Somalia muss in ihrem Charakter der kurzfristigen Sorge am Symptom zu weiterem Nachdenken führen. Die Zeitung „der Freitag“ hat, um diesem Gedanken anschaulich zu machen, jüngst ein Titelbild mit fröhlichen Badeurlaubern zu dem Text: „Die Piraten sind wir“ herausgebracht<sup>7</sup>.

Der Beitrag von Cordula Drautz zur Krise des Finanzmarktes als Chance für eine friedensorientierte globale Strukturpolitik ist in meinen Augen der Text in diesem Band, welcher neben der Problematisierung der Organisation und Sprache von Sicherheitspolitik die weiterführende Idee beschreibt, welche sich aus der Erkenntnis ergibt, dass „Wir“ die Piraten sind.

Das ist in meinen Augen auch der Ansatz, der es nötig macht, Sicherheitspolitik als Friedenspolitik neu zu denken und nicht umgekehrt. Der stellvertretende Sprecher der parlamentarischen Linken Niels Annen setzt mit seinem Beitrag in meinen Augen eine andere Priorität. Er verweist aber neben diesem diskussionswürdigen Punkt um die richtige Semantik in der Benennung einer Passage aus dem Godesberger Programm auch auf die hier eben problematisierte Ursächlichkeit des zirkulären Geschehens: „Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht.“ Ihm zu Folge gehören die Verhinderung und Vorbeugung von Konflikten und die Schaffung von Frieden daher zu den obersten Zielen einer internationalen Politik der deutschen Sozialdemokratie. Verhinderung und Vorbeugung bzw. wie hier bereits vertreten: Vorsorge und Prävention sind die Stichwörter, an denen

sich der Erfolg von Friedenspolitik ausmachen lässt. Bei der Semantik von der „Schaffung von Frieden“ liegt der Streit mit ihm dann wieder in der Wahl des Mittels, die für ihn militärische Möglichkeiten einschließt. Im Sinne des auch von ihm vertretenden Ansatzes der „vernetzten Sicherheit“ ist das Militär selbstverständliches Mittel in einem Netzwerk von sicherheitspolitischen Akteuren. Das kann in meinen Augen nicht das neue Denken von Friedenspolitik als Sicherheitspolitik sein. Vorbeugung und Verhinderung bzw. Vorsorge und Prävention bedarf in meinen Augen der Konsequenz das letzte, nämlich tödliche Mittel in der Schaffung von Frieden auszuschließen.

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung listete für 2007 328 politische Konflikte, darunter sechs Kriege und 25 „ernste Krisen“. Friedenspolitiker sollten im Sinne der Prävention also zu den 297 politischen Konflikten und dem Potential ihres Austrags mit Gewalt Auskunft geben können, während es aber eher so ist, dass sich der Blick des gemeinen Friedenspolitikers auf den Krieg und den Einsatz des Militärs richtet. So ist es auch im Arbeitskreis des Forum DL21, in dem wir eher im Maßstab von Tolstoi und der umfassenden Geostrategie debattieren, als mit der Sorge um das, was sonst noch niemanden interessiert, weil es vor und jenseits der Gewalt auch kein durch die Medien transportiertes Leid und den folgenden Ruf nach Maßnahmen zur Beendigung der verstörenden Bilderfolge gibt. Ulrich Beck spricht mit Bezug auf das jetzt bald zwei Dekaden alte Phänomen der zur Bewältigung der Bilder innovierten „humanitären Intervention“ in einer entsprechenden Konstellation, wie sie 1999 mit dem Kosovo herrschte, von militärischem Humanismus im Zeichen eines kosmopolitischen Moralprinzips, „dass Frieden sagt und Krieg ermöglicht.“ Er fragt in meinen Augen sehr treffend: Was heißt „Frieden“, wenn dieser die Möglichkeit des Krieges verallgemeinert?<sup>8</sup>

Die Themen, die uns im Rahmen dessen beschäftigen sind natürlicherweise immer wieder der „Krieg in Afghanistan“ bzw. die „Friedensmission in Afghanistan“, während darüber hinaus die Sorge mit den großen Kanonen und Raketen liegt – so wie es die Beiträge zu diesem Buch auch überwiegend spiegeln. Der Beitrag von Burkhard Zimmermann bietet für diese Problematik eine Erklärung an, welche in der detailreich

dargelegten Geschichte der Friedensbewegung in der SPD und ihrem Widerstand gegen die großen Kanonen zu finden ist. Ein Problem der Pazifisten in der Gegenwart ist sicherlich, dass mit der Verallgemeinerung des Krieges auch die Normalisierung und Inkorporation tödlicher Mittel in den Begriff des Friedens erfolgt ist. In Bezug auf das was daneben in der Zukunft ein Problem sein wird, haben wir uns leider erfolglos bemüht, in dieses Buch Beiträge aufzunehmen, die das Internet und den Weltraum, als von Sicherheitspolitik betroffenen Räumen problematisieren und die bisher per se nicht als Kriegsschauplatz im Bewusstsein stehen. Für die Fachleute und den Unterausschuss Abrüstung und Rüstungskontrolle ist beides längst Thema; das Militär, auch die Bundeswehr nutzt bereits beide Räume mit den entsprechenden Technologien. Jüngst ist ein deutsches Radarsatellitensystem in Betrieb gegangen und bei der zuständigen Einheit der Bundeswehr, dem Zentrum für strategische Aufklärung, werden nun auch Hacker in Uniform ausgebildet. Täten sie wozu sie ausgebildet werden, machten sie sich nach geltendem Recht zwar strafbar – aber wer sagt, dass, wenn die Mittel erstmal vorhanden sind, nicht die Regeln geändert werden? Wichtig in diesem Zusammenhang scheint eine völkerrechtliche Fassung von Angriff und Verteidigung im Netz mit der Schranke zum sich daraus ergebenden konventionellen Konfliktaustrag. Die Realität der Verknüpfung von Sicherheit im Netz und der Suche des Militärs nach Definitionsmacht und Informationsüberlegenheit wie sie die US-Doktrin für Informationsoperationen von 2003 vorsieht, darf jedenfalls nicht durch das Mittel der Bombardierung von Einrichtungen ziviler Medien bestimmt werden, um Meinungsverschiedenheiten auszutragen. So geschehen etwa bei der beabsichtigten oder auch nicht beabsichtigten Bombardierung der Büros von Al-Jazeera in Kabul 2001 und Bagdad in 2003<sup>9</sup>, die durch ihre unbequeme Berichterstattung während des „globalen Kriegs gegen den Terror“ populär wurden. Das Beispiel zeigt nicht nur das völlige Unvermögen der USA, in der arabischen Welt Richtig und Falsch zu definieren, sondern auch, zu erkennen, dass für manche politische Zwecke und Ziele manche Mittel denkbar ungeeignet sind. Die Ablösung eines amerikanischen ISAF-Kommandeurs im Sommer 2009 nach einem verheerenden NATO-Bombenangriff mit vielen zivilen Opfern kann dabei

einen grundsätzlichen Zweifel in diesem Zusammenhang noch besonders nähren, nämlich dem Zweifel, dass westliches Militär grundsätzlich ein geeignetes Steuerungsinstrument zur Beherrschung von Krisen und Konflikten jenseits des Westens sein kann. Auch wenn die Kommandeure ausgetauscht werden, und anschließend die Mittel anders eingesetzt und „Kollateralschadensquoten“ nicht mehr toleriert und entschieden werden – eines bleibt dabei aktuell: Die Klage von der fehlenden politischen Lösung; ein gültiger Einwand auch zuvörderst der Militärs, die solche Unternehmen tatsächlich und nicht nur politisch verantworten. Mit Blick auf das „Unternehmen Afghanistan“ scheint es in meinen Augen aber ein Problem zu geben, welches die Militärs im Sinne der Reputation ihrer Institution auch reproduzieren: Dem Glauben an die Machbarkeit der „Herstellung von Sicherheit“ bzw. des Gelingens des Ganzen in der Wortfolge: „Schaffung von Frieden“. Bundestagsabgeordnete, die vor der Abstimmung über das Mandat für die Fortsetzung des Unternehmens nach Afghanistan geflogen worden sind, um vor Ort einen Überblick über die Lage zu bekommen, berichten mit Begeisterung von der funktionierenden Struktur, den Plänen für alle Eventualitäten und der Übersicht der Bundeswehr im Regionalkommando Nord des ISAF-Einsatzes in Afghanistan. Es ist Niels Annen anzurechnen, dass er im Sommer 2007 eine selbst organisierte Reise durch Afghanistan angetreten ist, um sich selbst ein Bild zu machen. Mit der Nähe zum Gegenstand kann naturgemäß nicht verbunden sein, dass er zum radikalen Kritiker des Unternehmens wird – er hat wohl als Parlamentarier einfach die Möglichkeit gewonnen, für die Fortsetzung des Unternehmens mit einem differenzierten Urteil zu stimmen. Differenzierte Urteile fällt auch der jüngste Fortschrittsbericht der „Task Force Afghanistan“ der SPD-Bundestagsfraktion, auf den die Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung Ute Finckh in ihrem Beitrag: „Wie Weiter in Afghanistan?“ verweist.

Der gerade in Zeiten der Anpassung der deutschen Einsatzregeln für den Waffengebrauch hochaktuelle Strategieentwurf aus 2008 des ehemaligen BMZ-Gesandten in Kundus, Herbert Sahlmann, enthält den in meinen Augen wichtigsten Punkt im Gesamtzusammenhang: Gewalt durch die ISAF in Afghanistan nur zur Selbstverteidigungszwecken

einzusetzen. Seiner Auffassung nach ist dem inzwischen abgezogenen niederländischen Kontingent so in ihrem Verantwortungsbereich eine weitgehende Beruhigung gelungen. Welche bizarren Teufelskreise der Gebrauch von Gewalt und die Tolerierung von zivilen Opfern im nur scheinbaren Kampf gegen Terroristen im von blutigen Clanstreitigkeiten gezeichneten Afghanistan nach sich ziehen kann, hat Elizabeth Rubin in einem eindrucksvollen Artikel über den zwischenzeitlich geräumten US-Außenposten Kunar in Ostafghanistan in der Ausgabe der „Lettre International“ von Sommer 2008 dargelegt<sup>10</sup>.

In einem anderen Punkt sind sich Herbert Sahlmann, Ute Finckh und Thomas Speckmann, der Autor eines Feuilleton-Beitrags der FAZ unter dem Titel: „Indirekte Legitimation von Kriegsherren“ einig: Zivile Hilfe zur Abfederung der Akzeptanz einer Militärintervention vereinnahmt diese hin zur gefährlichen Parteilichkeit ziviler Organisationen<sup>11</sup>. In Deutschland taucht dieses Problem der Akzeptanz humanitärer Hilfe in Konfliktregionen gerade bei linken Politikern auf, weil die Forderung nach mehr ziviler Hilfe als ein probates Mittel dienen kann, um Gewissen und Wählerschaft ruhig zu stellen, während vor Ort die zivilen Organisationen in militärische Konzepte einer so genannten „vernetzten Sicherheit“ einbezogen werden. In der Konsequenz bedeutet dies aber, dass zivile Organisationen zu Konfliktparteien werden und gezwungen sind, ihre oft erfolgreiche Arbeit einzustellen. Der Vorteil von zivilen Maßnahmen ist eigentlich, dass sie zu dem waffenbewehrten Militär neutral sind und sich in ihrem Einsatz kein Sicherheitsdilemma auf kleinem Raum ergibt, welches das auf Eigenschutz hin organisierte Militär überall hin ausstrahlt. Mit Blick auf den verzwickten Zustand des Unternehmens und der Frage nach dem Ziel und Zweck des Ganzen sei an Hannah Arendts Verständnis vom Pleonasmus der gewaltlosen Macht erinnert, welches bedeutet, dass Macht niemals aus Gewehrläufen kommt und sich nur in der Drohung mit Gewalt noch aufrechterhalten lässt, jedoch nicht mehr mit ihrer Anwendung.

Vor diesem Hintergrund eignet sich die Bezugnahme in den Beitrag von Richard Müller und mir zur Massenvernichtungswaffe „Kleinwaffen“, in dem wir die Frage nach dem Gewaltmonopol stellen. Die Entwicklung der

Souveränität vor dem Hintergrund der Macht, die sich darin begründet über den Tod zu entscheiden, hat sich bis heute auf der Basis des Gewaltmonopols zur wohlfahrtstaatlichen Maxime „Leben zu machen“ entwickelt<sup>12</sup>. Das ist ein großer zivilisatorischer Fortschritt der sich aber in der tödlichen Konsequenz des „militärischen Humanismus“ nicht wieder finden lässt.

Dieser Problemkomplex steht auch evident mit dem Beitrag des Gesundheits- und Entwicklungspolitikers Wolfgang Wodarg zur Illusion der Friedenssicherung durch private Firmen in Verbindung. Mit der Privatisierung von Gewalt sind in den vergangenen Jahren weitgehende Schäden an staatlicher Souveränität und Gewaltmonopol entstanden, die, wenn die Entwicklungen nicht durch Verbote und Ausweisung wie am Beispiel der Söldnerfirma „Blackwater“ im Irak durch dessen jetzt souveräne Regierung gestoppt wird, in Konsequenzen führen wird, die Erhard Eppler mit seiner Schrift „Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?“ bereits 2002 in sorgenvoller Voraussicht skizziert hat<sup>13</sup>. Auf einen anderen Aspekt der Privatisierung weist Roland Paris in seinem 2007 auf Deutsch erschienenen Buch: „Wenn die Waffen schweigen“ hin. Er sieht in der Bewertung der Etablierung von Nachkriegsordnungen in verschiedenen Ländern (Angola, Bosnien, El Salvador, Guatemala, Kambodscha, Kosovo, Kroatien, Liberia, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Osttimor, Ruanda und Sierra Leone) eindrucksvoll belegt, dass das Prinzip Demokratie und Marktwirtschaft gleichzeitig einzuführen, durch den Stress des Wettbewerbsprinzips in beiden Konzepten zu vielen Konflikten führt, welche die jungen fragilen Ordnungen nicht aushalten. Mit der Wirtschaftskrise und der Rückkehr der Legitimität für eine Infragestellung der aktuellen Ordnung mag es auch vor dem Hintergrund des Urteils von Roland Paris ein Umdenken geben, welches das Pentagon im Irak bereits praktiziert – dort wird nicht mehr nur ein freier, sich selbst organisierter Markt impliziert, sondern bis hin zu kleinsten Wirtschaftseinheiten wird beraten, subventioniert und organisiert, um einen Prozess anzustoßen, der die Abwesenheit von Sicherheitsproblemen bedeutet und auf Friedenswirtschaft beruht. Es scheint, dass im Irak derzeit aus der Folge von nur deklarierten Siegen und tatsächlichen Niederlagen in der Reflexion von Ursachen und

Wirkungen Schlüsse gezogen worden sind, die im Urteil von Roland Paris zu gewaltbewehrten Verbreitung von Markt und Demokratie bereits vorweggenommen sind. Mit Blick auf jüngste Nachkriegsordnungen in Europa auf dem Westbalkan und die Anziehungskraft der europäischen Friedensordnung soll an die Möglichkeit des Wandels jenseits der Grenzen einer Ordnung erinnert sein.

Peter Sloterdijk hat aus Anlass des herannahenden Geburtstages der Europa zugrunde liegenden deutsch-französischen Freundschaft im Jahre 2012 eine Schrift vorgelegt, die er „Nachkriegstheorie, Beobachtungen des deutsch-französischen Beziehung seit 1945“ nennt. Er arbeitet dort den Beitrag der Kulturwissenschaft zum Verständnis von Gesellschaften nach Sieg und Niederlage und dem Wirken einer „Maximal Stress Cooperation (MSC)“ nach Heiner Mühlmann auf, und beschreibt die Möglichkeit der Gesellschaft nach einer Niederlage im Krieg seine moralische Grammatik weiter zu entwickeln. Der Potsdamer Medienwissenschaftler Klaus-Dieter Müller weist in seinem Vorwort zu Sloterdijks Beitrag mit Blick auf einen Gedanken von Marshall McLuhan darauf hin, dass im Krieg gegen den Terror dieser Stress unabhängig vom Ende des Krieges aus dem virtuellen Raum durch die von Sloterdijk als „Reizleitungen des Wahnsinns“ bezeichneten Medien in einer funktionalen Symbiose von Terror und Medien fortgesetzt wird<sup>14</sup>.

Insofern ist es Zeit, im Sinne der Deklaration eines Endes des Krieges eine neuen Praxis in der Welt mit neuen Bedeutungszuweisungen und Sinnzusammenhänge zu ermöglichen, welcher eine moralische Grammatik zugrunde läge, deren Gestaltung sich auch in den Beiträgen und Forderungen der Autoren dieses Buches widerspiegeln

- 1 Ulrich Beck (2008) „Reframing Power in the globalized world”
- 2 Alexander Wendt (1992) „Anarchy is what states make of It”, in: International Organization 46: 2, 391-425
- 3 FAZ vom 18.3.2009 „Obama im Kampagnenmodus“ Nr. 65, S.3
- 4 FAZ ebda.
- 5 Harald Welzer (2008) „Klimakriege – Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.“; S 205

- 6 der Freitag; Seite 1, 23.4.2009
- 7 Ulrich Beck (2003) Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter – Neue  
weltpolitische Ökonomie, Suhrkamp, Frankfurt a.M.; S. 42
- 8 Laut einem Bericht der Londoner Daily Mail hat der frühere US-Präsident  
George W. Bush während eines Treffens mit Tony Blair im Jahre 2003  
außerdem über die Möglichkeit „sinniert“, das Hauptquartier von Al-Jazeera  
in Doha in die Luft zu jagen. Siehe: Dwayne Winseck (2008) “Information  
Operations „Blowback“ Communication, Propaganda and Surveillance in the  
Global War on Terrorism“ in: The International Communication Gazette  
Vol. 70(6): 419-441; S. 428
- 9 Elizabeth Rubin (2008) „Üble Tage in Kunar“ Lettre International, Nr. 81,  
S. 36
- 10 Thomas Speckmann in der FAZ vom 20.5.2009, Nr. 116 S. N 3
- 11 Michel Foucault (1983) Der Wille zum Wissen, Sexualität und Wahrheit 1,  
Suhrkamp, Frankfurt a.M. S. 129 ff. „Recht über den Tod und Macht zum  
Leben.“
- 12 Erhard Eppler (2002) Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Edition  
Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- 13 Roland Paris (2007) Wenn die Waffen schweigen – Friedenskonsolidierung  
nach innerstaatlichen Gewaltkonflikten; Hamburger Edition, Hamburg
- 14 Peter Sloterdijk (2008) „Theory of the Post-War Periods - Observations on  
Franco-German relations since 1945“; Springer, Wien NewYork; S. 7